

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 21.07.2015

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:04 Uhr

Ende: 22:36 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Dr. Blöcker	Herr Dr. Kretschmann
Herr Bosse	Herr Kubitza
Frau Brandes	Herr Kühn
Herr Bratmann	Herr Manlik
Herr Bratschke	(Herr Maul)
Herr Dr. Büchs	Herr Merfort
Herr Disterheft	(Herr Müller)
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
(Frau Dr. Flake)	Frau Pantazis
Herr Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Florysiak	Frau Plinke
Herr Graffstedt	(Frau Rohse-Paul)
Frau Grigat	Herr Rosenbaum
(Herr Grziwa)	Herr Schatta
(Herr Günderen)	Herr Schicke-Uffmann
Frau Harlfinger	Frau Schmedt
Herr Heere	Frau Schön
Herr Herlitschke	Herr Schrader
Herr Hinrichs	Frau Schütze
Frau Ihbe	Frau Seiffert
Herr Jenzen	Herr Sommerfeld
Frau Johannes	Herr Täubert
Frau Jonda	Herr Weidner
Herr Jordan	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt, J.
Herr Köster	Herr Wendt, Th.

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaudirektor Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Hanke
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Einführung und Verpflichtung der für den verstorbenen Ratsherrn Manfred Pesditschek berufenen Nachfolgerin Sonja Brandes
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Juni 2015
- 4 Mitteilungen
- 5 Anfragen
 - 5.1 Sachstand Fernbuskonzept - 15-00439
Wir dürfen uns nicht wieder von Hannover abhängen lassen!
Anfrage der Fraktion der CDU
 - 5.1.1 Sachstand Fernbuskonzept - 15-00439-01
Wir dürfen uns nicht wieder von Hannover abhängen lassen!
 - 5.2 Busanbindung der LAB 15-00440
Anfrage der Fraktion der SPD
 - 5.2.1 Busanbindung der LAB 15-00440-01
 - 5.3 Preis für das Mobilticket 15-00433
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 5.3.1 Preis für Mobilticket 15-00433-01
 - 5.4 Klimaachse im Holzmoor 15-00437
Anfrage der BIBS-Fraktion
 - 5.4.1 Klimaachse im Holzmoor 15-00437-01
 - 5.5 Rechte Straftaten in Braunschweig - Was unternimmt die Verwaltung? 15-00434
Anfrage der Fraktion Die Linke.
 - 5.5.1 Rechte Straftaten in Braunschweig - Was unternimmt die Verwaltung? 15-00434-01
 - 5.6 Geplante Maßnahmen zur Barrierefreiheit im Neubaugebiet Nordstadt 15-00063
Anfrage der Fraktion der Piratenpartei
 - 5.6.1 Geplante Maßnahmen zur Barrierefreiheit im Neubaugebiet Nordstadt 15-00063-01
 - 5.7 Fahrradparkhäuser für Braunschweig 15-00427
Anfrage der Fraktion der CDU
 - 5.8 Schulscheine im Rathaus 15-00436
Anfrage der BIBS-Fraktion
 - 5.8.1 Schulscheine im Rathaus 15-00436-01

5.9	Dringlichkeitsanfrage Einzugsrenovierung SGB II - Änderungen nicht in Sicht Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Die Linke.	15-00458
5.9.1	Dringlichkeitsanfrage Einzugsrenovierung SGB II - Änderungen nicht in Sicht	15-00458-01
5.10	Dringlichkeitsanfrage Massenschlägerei in der Landeaufnahmebehörde - wie informiert das Land? Dringlichkeitsanfrage der Fraktion der CDU	15-00461
5.10.1	Dringlichkeitsanfrage Massenschlägerei in der Landeaufnahmebehörde - wie informiert das Land?	15-00461-01
6	Umbesetzungen im Verwaltungsausschuss und in Ausschüssen	15-00399
7	Änderung in der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	15-00368
8	Änderungen bei der Bestellung von städtischen Vertretern in Gesellschafter- und Hauptversammlungen, in Aufsichtsräten sowie in einem Konsortialausschuss städtischer Beteiligungen	15-00358
9	Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers für das verstorbene Ratsmitglied Manfred Pesditschek in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Großraum Braunschweig"	15-00355
10	Zweite Satzung über die Änderung der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des "Pensionsfonds der Stadt Braunschweig"	15-00050
11	Kommunalwahl am 11. September 2016 Neubildung der Gemeindewahlleitung	15-00059
12	Haushaltsvollzug 2014 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	15-00004
12.1	Haushaltsvollzug 2014 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	15-00004-01
13	Haushaltsvollzug 2015 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	15-00135
13.1	Haushaltsvollzug 2015 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	15-00135-01
14	Auflösung der Sonderrechnung FB 65 und Rückführung in den Haushalt	15-00220
15	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	15-00051

16	Kongresshotel an der Stadthalle	15-00038
17	Veräußerung eines 38.848 m ² großen städtischen Grundstücks im Industriegebiet Hansestraße-West	15-00130
18	Veräußerung eines 10.651 m ² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA	15-00156
19	Verkauf des städtischen Erbbaugrundstücks "ARTmax", Frankfurter Str. 2-5	15-00077
20	Aufhebung der Satzung über den Betrieb und die Gebühren der Feuerbestattungsanlage der Stadt Braunschweig	15-00023
21	Sechzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung)	15-00024
22	Personalbedarfe im Bereich Kindertagesstätten und Schulkindbetreuung; Gewährleistung von zwei regelmäßig tätigen Fachkräften pro Gruppe	15-00240
23	Bildungsmonitoring und -management als neue kommunale Aufgaben	15-00281
24	124. Flächennutzungsplan-Änderung "Gieselweg/Harxbütteler Straße" Stadtgebiet südlich des Gieselwegs, südwestlich der Ortslage Thune und nördlich des Mittellandkanals Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss	15-00272
25	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Gieselweg/ Harxbütte-ler Straße", TH 22; Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	15-00195
25.1	Bagatelländerungen nur ohne Produktionserweiterung - Änderungsantrag zu 15-00195 Änderungsantrag der Fraktion der Piratenpartei	15-00408
25.2	Änderungsantrag zu 15-00195: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Str." Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	15-00435
26	Förderung von Umweltorganisationen hier: Förderung des Projektes "Sicherung des Fortbestandes der Rotbauchunke, Laubfrosch und Kammmolch" des Naturschutzbundes Deutschland (NABU)	15-00095
27	Ergänzende Förderrichtlinie zum Förderprogramm für regenerative Energien: "Solarkampagne"	15-00197
28	Realisierungsvorschlag zur Einrichtung einer Energieberatungsstelle	15-00200

29	Annahme der Schenkung von zwei Trinkwasserbrunnen durch BS Energy	15-00232
30	Aufstellung des Nahverkehrsplanes 2016 - 2020 für den Großraum Braunschweig; Stellungnahme der Stadt im Beteiligungsverfahren gem. §6 Abs.4 des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG)	15-00362
31	Anträge	
31.1	Kopfsteinpflaster angleichen Antrag der Fraktion Die Linke.	15-00065
31.1.1	Änderungsantrag zu 15-00065 (Kopfsteinpflaster angleichen) Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	15-00450
31.2	Schwimmbad in der Weststadt Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen	15-00006
31.2.1	Schwimmbad (in der Weststadt) im Westen der Stadt Änderung zu Antrag 3915/15 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	15-00006-01
31.2.2	Schwimmbad in der Weststadt Stellungnahme der Verwaltung	00006-01-01
31.3	Smart-City Braunschweig Antrag der Fraktion der CDU	15-00013
31.3.1	Smart-City Braunschweig - Änderungsantrag zu DS 15-00013 Änderungsantrag der Fraktion der Piratenpartei	15-00309
31.3.2	Smart-City Braunschweig - Änderungsantrag zu DS 15-00013 Änderungsantrag der Fraktion der SPD	15-00344
31.4	Gedenkstätte "Roselies" für eine Erinnerungspartnerschaft Antrag der BIBS-Fraktion	15-00061
31.4.1	Gedenkstätte "Roselies" für eine Erinnerungspartnerschaft Stellungnahme der Verwaltung	15-00061-01
31.5	Verbesserung der Situation für Flüchtlinge und Anwohner in Kralenriede Antrag der BIBS-Fraktion	15-00090
31.5.1	Änderungsantrag zu 15-00090 Verbesserung der Situation für Flüchtlinge und Anwohner in Kralenriede Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD	15-00449
31.6	Probewohnen ausweiten Antrag der Fraktion Die Linke.	15-00138
31.6.1	Ausweitung des Probewohnens Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen	15-00140
31.7	Neueinstellungen unbefristet Antrag der Fraktion Die Linke.	15-00229

31.7.1	Änderungsantrag zu Antrag DS Nr. 15-00229 "Neueinstellungen unbefristet" Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	15-00426
31.7.2	Neueinstellungen unbefristet Stellungnahme der Verwaltung	15-00229-01
31.8	Durch den Streik eingesparte Gelder bleiben im Bereich der sozialen Arbeit Antrag der Fraktion Die Linke.	15-00231
31.8.1	"Durch den Streik eingesparte Gelder bleiben im Bereich der sozialen Arbeit" Stellungnahme der Verwaltung	15-00231-01
31.9	Einzäunungsarbeiten der Firma Eckert & Ziegler Antrag der BIBS-Fraktion	15-00335
31.10	Sportentwicklungsplanung: abschließender Workshop Antrag der Fraktion der SPD	15-00372

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Stellvertretender Ratsvorsitzende Florysiak eröffnet die Sitzung um 14:04 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat damit ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt weiter mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 7: Vorlage 15-00368
- Zu TOP 8: Vorlage 15-00358
- Zu TOP 31.1: Änderungsantrag 15-00450
- Zu TOP 31.5: Änderungsantrag 15-00449

Er weist darauf hin, dass die unter Tagesordnungspunkte 31.7 und 31.7.1 genannten Anträge in der Sitzung des Verwaltungsausschusses zurückgestellt wurden und schlägt vor, diese von der Tagesordnung abzusetzen.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak gibt bekannt, dass 2 Dringlichkeitsanfragen vorliegen:

1. Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Die Linke.:

Nr. 15-00458 Einzugsrenovierung SGB II - Änderungen nicht in Sicht

Die Dringlichkeit wird von Ratsherr Sommerfeld begründet. Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei 2 Enthaltungen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter Punkt 5.9 in die Tagesordnung eingefügt.

2. Dringlichkeitsanfrage der Fraktion der CDU:

Nr. 15-00461 Massenschlägerei in der Landesaufnahmebehörde - wie informiert das Land?
Die Dringlichkeit wird von Ratsherr Wendroth begründet. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei Gegenstimmen und Enthaltungen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter Punkt 5.10 in die Tagesordnung eingefügt.

Er erklärt weiter, dass vorgesehen ist, die Tagesordnungspunkte 32 bis 37 im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung zu behandeln. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:08 Uhr in die Beratung ein.

2. Einführung und Verpflichtung der für den verstorbenen Rats-herrn Manfred Pesditschek berufenen Nachfolgerin Sonja Bran-des

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak gibt die Feststellung des Gemeindewahlleiters zum Sitzübergang bekannt. Oberbürgermeister Markurth nimmt die Verpflichtung gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG vor.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Juni 2015

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 2. Juni 2015 wird genehmigt.

Ergebnis:

bei einer Enthaltung genehmigt

4. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Anfragen

Die Anfragen werden von 14:15 Uhr bis 15:20 Uhr behandelt. Anschließend werden bis 15:32 Uhr die Dringlichkeitsanfragen beantwortet. Stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker übernimmt die Sitzungsleitung.

5.1. u. Sachstand Fernbuskonzept -	15-00439/
5.1.1 Wir dürfen uns nicht wieder von Hannover abhängen lassen!	15-00439-01

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 15-00439-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

5.2. u. Busanbindung der LAB	15-00440/
5.2.1 Anfrage der Fraktion der SPD	15-00440-01

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 15-00440-01).

5.3. u. Preis für das Mobilticket	15-00433/
5.3.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	15-00433-01

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 15-00433-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

5.4. u. Klimaachse im Holzmoor	15-00437/
5.4.1 Anfrage der BIBS-Fraktion	15-00437-01

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 15-00437-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

5.5. u. Rechte Straftaten in Braunschweig - Was unternimmt die Verwaltung? 15-00434/
Anfrage der Fraktion Die Linke. 15-00434-01

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtrat Ruppert (Stellungnahme 15-00434-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

5.6. u. Geplante Maßnahmen zur Barrierefreiheit im Neubaugebiet Nordstadt 15-00063/
Anfrage der Fraktion der Piratenpartei 15-00063-01

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 15-00063-01).

5.7. Fahrradparkhäuser für Braunschweig 15-00427
Anfrage der Fraktion der CDU

Ergebnis:

Die Anfrage 15-00427 wird wegen Ablaufs der für die Behandlung der Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt und in die nächste Ratssitzung verschoben.

5.8. u. Schuldscheine im Rathaus 15-00436/
5.8.1 Anfrage der BIBS-Fraktion 15-00436-01

Ergebnis:

Die Anfrage 15-00436 wird wegen Ablaufs der für die Behandlung der Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt. Die Anfrage soll schriftlich beantwortet werden.

5.9. u. Dringlichkeitsanfrage 15-00458/
5.9.1 Einzugsrenovierung SGB II - Änderungen nicht in Sicht 15-00458-01
Dringlichkeitsanfrage der Fraktion Die Linke.

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 15-00458-01).

5.10. Dringlichkeitsanfrage 15-00461/
u. **Massenschlägerei in der Landeaufnahmebehörde - wie informiert** 15-00431-01
5.10.1 das Land?
Dringlichkeitsanfrage der Fraktion der CDU

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Oberbürgermeister Markurth (Stellungnahme 15-00461-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

6. Umbesetzungen im Verwaltungsausschuss und in Ausschüssen 15-00399

Beschluss:

1. Verwaltungsausschuss

Als Beigeordneter wird Ratsherr Christoph Bratmann bestimmt.
Als Stellvertreter wird Ratsherr Matthias Disterheft bestimmt.

2. Finanz- und Personalausschuss

Ratsherr Christoph Bratmann (bisher Vertreter) wird als Mitglied in den Finanz- und Personalausschuss entsandt. Als Vertreter wird Ratsherr Matthias Disterheft benannt.

3. Grünflächenausschuss

Anstelle von Ratsherrn Kai Florysiak wird Ratsfrau Sonja Brandes als Mitglied in den Grünflächenausschuss entsandt.

Anstelle von Herrn Michael Ehbrecht wird Herr Georg Spittel als Bürgermitglied in den Grünflächenausschuss entsandt.

4. Wirtschaftsausschuss

Anstelle von Ratsherrn Matthias Disterheft wird Ratsfrau Sonja Brandes als Mitglied in den Wirtschaftsausschuss entsandt.

5. Ausschuss für Integrationsfragen

Anstelle von Herrn Dervis Özcelik wird Herr Deniz Güven als Bürgermitglied in den Ausschuss für Integrationsfragen entsandt.

6. Umlegungsausschüsse I und II

Ratsherr Detlef Kühn wird als stellvertretendes Mitglied in die Umlegungsausschüsse I und II entsandt.

7. Bauausschuss

Ratsherr Dr. Burkhard Plinke (bisher Vertreter) wird als Mitglied in den Bauausschuss entsandt. Das bisherige Mitglied Ratsherr Holger Herlitschke wird als Vertreter benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Änderung in der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

15-00368

Beschluss:

I.

1. Herr Peter Krebs wird beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss als Vertreter der Sportjugend Braunschweig.
2. Frau Grit Heubner wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Herrn Peter Krebs.
3. Frau Jana Indenbirken wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Herrn Ulrich Böß.
4. Frau Dörte von Hörsten wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Frau Roswitha Siering.
5. Herr Kay-Uve Höhns wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Herrn Sven Klesse.
6. Frau Ulrike Adam wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Frau Maybritt Hugo.
7. Frau Türkan Deniz-Rogggenbuck wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Frau Leyla Simsek-Yilmaz.
8. Herr Philipp Di Leo wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Herrn Volker Riegelmann.
9. Frau Andrea Oelgeschläger wird stellvertretendes beratendes Mitglied von Herrn Ralf Metschulat.

II.

1. Anstelle von Frau Christine Piefke, Frau Susanne Hartmann-Kasties und Herrn Martin Weißeno werden Ratsherr Thorsten Wendt, Ratsherr Oliver Schatta und Herr Michael Ehbrecht stimmberechtigte Mitglieder im Jugendhilfeausschuss.
2. Herr Martin Weißeno wird stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied von Ratsherrn Thorsten Wendt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**8. Änderungen bei der Bestellung von städtischen Vertretern in
Gesellschafter- und Hauptversammlungen, in Aufsichtsräten so-
wie in einem Konsortialausschuss städtischer Beteiligungen**

15-00358

Beschluss:

„1. Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, alle Maßnahmen zu ergreifen,

Herrn Ratsherr Christoph Bratmann
(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

von der Hauptversammlung zum Aufsichtsratsmitglied der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG wählen zu lassen.

2. Konsortialausschuss

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, alle Maßnahmen zu ergreifen,

Herrn Ratsherr Christoph Bratmann
(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

zum Vertreter der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH im Konsortialausschuss zu bestellen.

3. Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, alle Maßnahmen zu ergreifen,

Herrn Ratsherr Frank Flake
(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

von der Gesellschafterversammlung zum Aufsichtsratsmitglied der Braunschweiger Verkehrs-GmbH wählen zu lassen.

4. Kraftverkehr Mundstock GmbH

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, durch Beschluss der Gesellschafterversammlung

Herrn Ratsherr Frank Flake
(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

in den Aufsichtsrat der Kraftverkehr Mundstock GmbH zu entsenden sowie die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, dies der Kraftverkehr Mundstock GmbH mitzuteilen.

5. Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

In den Aufsichtsrat der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH wird

Herr Ratsherr Christoph Bratmann
(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

entsandt.

6. Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

In den Aufsichtsrat der Stadtbau Braunschweig Sport und Freizeit GmbH wird

Herr Ratsherr Kai Florysiak

(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

entsandt.

7. Braunschweig Zukunft GmbH

In den Aufsichtsrat der Braunschweig Zukunft GmbH werden mit Wirkung der Eintragung der Gesellschaftsvertragsänderung im Handelsregister (zusätzlich zu den bisherigen Aufsichtsratsmitgliedern) entsandt:

Frau Ratsfrau Annette Schütze

(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

Herr Freddy Pedersen

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters für zwei im Bereich der Wirtschaft, Industrie und Handel erfahrene Personen)

Herr Helmut Streiff

(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters für zwei im Bereich der Wirtschaft, Industrie und Handel erfahrene Personen)

8. Volkshochschule Braunschweig GmbH

Frau Ratsfrau Nicole Palm wird als Stellvertreterin des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH abberufen und

Frau Ratsfrau Sonja Brandes

(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

wird zum Stellvertreter von Herrn Ratsherr Dr. Sebastian Kretschmann als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Volkshochschule Braunschweig GmbH gewählt.

9. Nordzucker Holding-AG und Nordzucker AG

Herr Ratsherr Christoph Bratmann wird als Stellvertreter des Vertreters der Stadt in der Hauptversammlung der Nordzucker Holding-AG und der Hauptversammlung der Nordzucker AG abberufen und

Herr Ratsherr Manfred Dobberphul

(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

wird zum Stellvertreter von Herrn Ratsherr Dr. Sebastian Kretschmann als Vertreter der Stadt in der Hauptversammlung der Nordzucker Holding-AG und der Hauptversammlung der Nordzucker AG gewählt.

10. Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Herr Ratsherr Christoph Bratmann wird aus der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH abberufen und

Herr Ratsherr Matthias Disterheft

(Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion)

wird in die Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH entsandt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. **Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers für das verstorbene Ratsmitglied Manfred Pesditschek in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Großraum Braunschweig"** 15-00355

Beschluss:

„Als Nachfolgerin/Nachfolger für das verstorbene Ratsmitglied Manfred Pesditschek als Vertreter der Stadt Braunschweig in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Großraum Braunschweig" wird Herr Ratsherr Frank Flake gewählt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. **Zweite Satzung über die Änderung der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des "Pensionsfonds der Stadt Braunschweig"** 15-00050

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. **Kommunalwahl am 11. September 2016
Neubildung der Gemeindewahlleitung** 15-00059

Beschluss:

„Zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 11. September 2016 und für die nachfolgenden Aufgaben der Gemeindewahlleitung in der Ratsperiode ab 1. November 2016 wird als Wahlleitung berufen:

Gemeindewahlleiter: Stadtrat Claus Ruppert
Stellv. Gemeindewahlleiter: Baudirektor Hermann Klein“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. **Haushaltsvollzug 2014** 15-00004
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

- 12.1. **Haushaltsvollzug 2014** 15-00004-01
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Ratsherr Sommerfeld beantragt getrennte Abstimmung der Ziffer 3) Teilhaushalt Fachbereich Finanzen, Projekt Stadion/Ausbau Westtribüne. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker gemeinsam über die Vorlagen 15-00004 und 15-00004-01 abstimmen, wobei die Ziffer 3) Teilhaushalt Fachbereich Finanzen, Projekt Stadion/Ausbau Westtribüne einzeln abgestimmt wird.

Beschluss:

in der Fassung der Vorlage Nr. 15-00004-01

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

in der Fassung der Vorlage 15-00004-01

getrennte Abstimmung:

Beschlussvorschlag überplanmäßige Auszahlung unter Ziffer 3)Teilhaushalt Fachbereich Finanzen, Projekt Stadion/Ausbau Westtribüne: bei Enthaltungen und Gegenstimmen geschlossen

Beschlussvorschlag übrige Sachverhalte der Vorlage: bei Enthaltungen beschlossen

13. Haushaltsvollzug 2015 15-00135
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

13.1. Haushaltsvollzug 2015 15-00135-01
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker lässt über die Vorlagen 15-00135 und 15-00135-01 gemeinsam abstimmen.

Beschluss:

in der Fassung der Vorlage 15-00135-01

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 199 Abs. 5 NkomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen in der Fassung der Vorlage 15-00135-01

14. Auflösung der Sonderrechnung FB 65 und Rückführung in den Haushalt 15-00220

Stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker lässt nach Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

„Die Sonderrechnung des FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement wird aufgelöst und der FB 65 in den städtischen Haushalt zurückgeführt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

15. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 15-00051

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei Enthaltungen beschlossen

Stellvertretender Ratsvorsitzender Dr. Blöcker unterbricht die Sitzung von 16:25 Uhr bis 17:00 Uhr für eine Pause. Nach der Pause übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak die Sitzungsleitung.

16. Kongresshotel an der Stadthalle

15-00038

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Beschlussvor- schlag abstimmen.

Beschluss:

- „1. Dem Verkauf eines ca. 2.400 m² großen Grundstücks zur Errichtung eines Hotels an eine von der Volksbank BraWo Projekt GmbH noch zu gründende Projektgesellschaft zu den in der Vorlage genannten Konditionen wird zugestimmt.
2. Dem Abriss der derzeit vorhandenen Parkpalette und dem Neubau durch eine von der Volksbank BraWo Projekt GmbH noch zu gründende Projektgesellschaft zu einem Preis von maximal 4.000.000 € netto zu den in der Vorlage genannten Konditionen wird zuge- stimmt.
3. Die für den Abriss und Neubau der Parkpalette erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von maximal 4.000.000 € netto werden in den Haushalt 2016 eingestellt.
4. Für die gutachterliche Prüfung des Angebotes und gutachterliche Begleitung des Bau- projektes werden Finanzmittel in Höhe von 150.000 € netto notwendig. Dieser außer- planmäßigen Auszahlung (Finanzaushalt, Teilhaushalt FB 66 Tiefbau und Verkehr) gem. § 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der in der Begründung aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

In der Zeit von 18:08 Uhr bis 18:14 Uhr findet die Einwohnerfragestunde statt.

17. Veräußerung eines 38.848 m² großen städtischen Grundstücks im Industriegebiet Hansestraße-West

15-00130

Beschluss:

„Der Veräußerung eines 38.848 m² großen städtischen Grundstücks im Industriegebiet Han- sestraße-West an die Volkswagen Immobilien GmbH, Poststraße 28 in 38440 Wolfsburg wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

18. Veräußerung eines 10.651 m² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommunalen Gewerbepark Waller See, 1. BA

15-00156

Beschluss:

„Der Veräußerung eines 10.651 m² großen städtischen Grundstücks in dem Interkommuna- len Gewerbepark Waller See, 1. BA an die Patrick Donner Besitzgesellschaft, Kleine Heide 8, 38159 Vechelde wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19. Verkauf des städtischen Erbbaugrundstücks "ARTmax", Frank- furter Str. 2-5

15-00077

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Beschlussvor- schlag abstimmen.

Beschluss:

„Dem Verkauf des städtischen Erbbaugrundstücks „ARTmax“, Frankfurter Str. 2-5, wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen

- 20. Aufhebung der Satzung über den Betrieb und die Gebühren der Feuerbestattungsanlage der Stadt Braunschweig 15-00023**

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

„Die als Anlage beigelegte Satzung zur Aufhebung der Satzung über den Betrieb und die Gebühren der Feuerbestattungsanlage der Stadt Braunschweig (Betriebs- und Gebührenordnung der Feuerbestattungsanlage) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei Enthaltungen beschlossen

- 21. Sechzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) 15-00024**

Beschluss:

„Die Sechzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für die Friedhöfe in der Stadt Braunschweig (Friedhofsgebührensatzung) in der als Anlage beigelegten Fassung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei Enthaltungen beschlossen

- 22. Personalbedarfe im Bereich Kindertagesstätten und Schulkindbetreuung; Gewährleistung von zwei regelmäßig tätigen Fachkräften pro Gruppe 15-00240**

Beschluss:

1. Die Träger der freien Jugendhilfe und Eltern-Kind-Gruppen erhalten für die von ihnen betriebenen Gruppen in Kindertagesstätten aufstockend zur laufenden Förderung nach dem Pauschalisierten Aufwandsmodell (PAM) eine Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten. Die Pauschalen werden analog der Regelung im Pauschalisierten Aufwandsmodell (PAM) um den Prozentsatz, um den sich die Vergütungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verändern, dynamisiert.

Die Pauschale wird in Abhängigkeit von Betreuungsart und Betreuungszeit gewährt und beträgt jährlich für:

Mittel 2 Krippe (6 Stunden)	2.100,00 €
Ganztags Krippe	2.150,00 €
Mittel 1 Familiengruppe (5 Stunden)	1.600,00 €
Mittel 2 Familiengruppe (6 Stunden)	1.450,00 €
Ganztags Familiengruppe	1.550,00 €
Vormittags Regelgruppe	2.600,00 €
Vormittags kleine Gruppe	1.550,00 €
Mittel 1 Regelgruppe (5 Stunden)	2.950,00 €
Mittel 1 kleine Gruppe (5 Stunden)	1.450,00 €
Mittel 2 Regelgruppe (6 Stunden)	3.200,00 €
Mittel 2 kleine Gruppe (6 Stunden)	1.650,00 €
Ganztags Regelgruppe	3.350,00 €
Ganztags kleine Gruppe	1.750,00 €
Mittel 2 Integrative Gruppe (6 Stunden)	4.850,00 €
Ganztags Integrative Gruppe	5.200,00 €
Regelgruppe 15 Kinder Vorm. / 10 Kinder Mittel 2	2.800,00 €
Regelgruppe 15 Kinder Mittel 1 /10 Kinder Mittel 2	2.900,00 €
Regelgruppe 15 Kinder Mittel 1 /10 Kinder Ganztags	3.000,00 €
Regelgruppe 15 Kinder Mittel 2 /10 Kinder Ganztags	3.200,00 €
Schulkindbetreuung erg. zur VGS	2.300,00 €
Schulkindbetreuung erg. zur VGS kl. Gruppe	1.550,00 €
Langzeit Krippe EKG	2.300,00 €
Langzeit Familiengruppe EKG	1.800,00 €
Kurzzeit EKG	2.550,00 €
Kurzzeit kleine Gruppe	1.550,00 €
Mittel 1 EKG	2.600,00 €
kleine M1 EKG	1.700,00 €
Langzeit EKG	2.800,00 €
Langzeit kleine Gruppe	1.750,00 €

2. Die Träger von Schulkindbetreuungseinrichtungen erhalten für die von ihnen betriebenen Gruppen aufstockend zur laufenden Förderung eine Pauschale zur Abdeckung des erhöhten Personalaufwands für Vertretungszeiten. Eine Anpassung der Pauschalen erfolgt entsprechend der Förderrichtlinien für die Schulkindbetreuung.

Die Pauschale wird in Abhängigkeit von Gruppengröße und Betreuungszeit gewährt und beträgt jährlich für:

Schulkindangebote	
15 Uhr Regelgruppe und kleine Gruppe	2.410,00
16 Uhr Regelgruppe und kleine Gruppe	3.020,00
17 Uhr kleine Gruppe	3.760,00
17 Uhr Regelgruppe	7.590,00
OGS-Betreuung	
16 Uhr und 17 Uhr Gruppe	2.410,00

3. Die getroffenen Regelungen treten mit Wirkung vom 1. August 2015 in Kraft und sind befristet bis zum Inkrafttreten der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes (KiTaG) und einer darauf basierenden überarbeiteten Förderrichtlinie. Die Auszahlung erfolgt anteilig monatlich im Rahmen der laufenden Abschlagszahlungen für die laufende Förderung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

23. Bildungsmonitoring und -management als neue kommunale Aufgaben

15-00281

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Beschlussvor- schlag abstimmen.

Beschluss:

- „1. Die Stadt Braunschweig bewirbt sich um die Aufnahme in das Förderprogramm „Bildung integriert“, um ein Bildungsbüro für Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement einzurichten.
2. Im Stellenplan 2016 sind Stellen für eine/n wissenschaftliche Sachbearbeiter/in und eine Verwaltungskraft befristet einzurichten.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

24. 124. Flächennutzungsplan-Änderung "Gieselweg/Harxbütteler Straße"

15-00272

Stadtgebiet südlich des Gieselwegs, südwestlich der Ortslage Thune und nördlich des Mittellandkanals

Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss

Zu den Vorlagen 15-00272 und 15-00195 einschließlich der Änderungsanträge zu dieser Vorlage findet gemeinsame Aussprache statt. Nach Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak die Vorlagen einzeln zur Abstimmung.

Beschluss:

1. „Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3 a und Nr. 4 zu behandeln.
2. Für das oben bezeichnete Stadtgebiet wird die 124. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Braunschweig mit der dazu gehörigen Begründung mit Umweltbericht in der anliegenden Fassung beschlossen.
3. Die in der Begründung aufgeführten Kriterien einer zukünftigen Gewerbe- und Gewerbe-Flächenpolitik sind bei der weiteren Ausarbeitung des Gewerbe- und Gewerbe-Flächen-Entwicklungs- und Konzeptes zugrunde zu legen.“

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

25. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Gieselweg/ Harxbüteler Straße", TH 22;

15-00195

Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanals, südwestlich der Ortslage Thune und südlich der Harxbütteler Straße

Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

25.1. Bagatelländerungen nur ohne Produktionserweiterung - Änderungsantrag zu 15-00195

15-00408

Änderungsantrag der Fraktion der Piratenpartei

25.2. Änderungsantrag zu 15-00195: Bebauungsplan "Gieselweg/Harxbütteler Str."

15-00435

Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

Zu den Vorlagen 15-00272 und 15-00195 einschließlich der Änderungsanträge 15-00408 und 15-00435 findet gemeinsame Aussprache statt. Ratsherr Dr. Büchs bringt den Änderungsantrag 15-00435 und Ratsherr Schicke-Uffmann den Änderungsantrag 15-00408 ein. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzende Florysiak zunächst über die Ände-

rungsanträge 15-00435 und 15-00408 abstimmen. Im Anschluss daran stellt er den Beschlussvorschlag 15-00195 zur Abstimmung.

Beschluss zu 15-00195:

- "1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 5 a und Nr. 6 zu behandeln.
- 2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Gieselweg/ Harxbütteler Straße“, TH 22, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
- 3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen beschlossen

Beschluss zu 15-00408:

„Die textlichen Festsetzungen werden in B.I.5. Abs. 2 wie folgt geändert: Vor dem abschließenden Punkt werden die Worte "und die Änderung nicht mit einer Erweiterung der Produktion oder Kapazität verbunden ist" eingefügt.“

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zu 15-00435:

„Der Rat möge deshalb beschließen, die Verwaltung zu bitten:

Die Verwaltung nimmt im Interesse der Stadt und ihrer Einwohner, insbesondere der Einwohner von Thune, Verhandlungen mit der Firma Eckert & Ziegler auf, mit dem städtebaulichen Ziel, für die Gewährung von Baurecht verbindliche Nutzungsbeschränkungen für das Plangebiet vertraglich zu vereinbaren.

Darauf aufbauend schließt die Verwaltung für die Gewährung von Baurecht folgende vertragliche Vereinbarungen ab:

- 1) Die zur Messung, Konditionierung und/oder Verpackung in Thune vorgesehenen radioaktiven Stoffe sind bei Anlieferung und zu Beginn des Konditionierungsprozesses schwach radioaktiv (<1011 Bq pro m³ ohne spezielle Abschirmung gemäß Definition der International Atomic Energy Agency (IAEA))
- 2) Die Nutzung der auf dem Planungsgebiet bestehenden und entstehenden Einrichtungen zur Lagerung und Aufarbeitung von Abfällen aus Kernkraftwerken ist ausgeschlossen.

Die Firma Eckert & Ziegler hat sich in der o. g. Veranstaltung öffentlich auch bereit erklärt und den Wunsch geäußert, mit dem Ziel einer Gesamtlösung in Verhandlungen einzutreten, die neben Stadt und E & Z auch das Land als Vertragspartner mit einbeziehen. Im Hinblick auf eine mögliche Unterstützung des Landes möge der Rat beschließen, mit der Firma die folgende vertragliche Vereinbarung abzuschließen:

- 3) Wenn und sobald mit Beihilfe des Landes Niedersachsen ein neuer, geeigneterer Standort für den Umgang mit radioaktiv mittel- und hochradioaktiven Stoffen gefunden und beziehbar ist und vom Land für diesen Standort die entsprechende Umgangsgenehmigung erteilt ist, wird die Firma Eckert & Ziegler den Umgang mit mittel- und hochradioaktiven Stoffen in angemessener Frist auf diesen neuen Standort verlagern.“

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

**26. Förderung von Umweltorganisationen
hier: Förderung des Projektes "Sicherung des Fortbestandes der**

15-00095

Rotbauchunke, Laubfrosch und Kammmolch" des Naturschutzbundes Deutschland (NABU)

Beschluss:

„Dem Einsatz von Fördermitteln als Zuschuss an den Naturschutzbund Deutschland (NABU) in Höhe von insgesamt 40.000 EUR (5.000 EUR p. a. über acht Jahre, beginnend ab dem Jahr 2016) zur Unterstützung des Projektes „Sicherung des Fortbestandes der Rotbauchunke, Laubfrosch und Kammmolch“ wird zugestimmt. Die Finanzierung erfolgt aus künftigen Budgetmitteln des Produktes 1.56.5610.12 - Förderung von Umweltorganisationen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 27. Ergänzende Förderrichtlinie zum Förderprogramm für regenerative Energien: "Solarkampagne"** 15-00197

Beschluss:

Die Umsetzung des Förderprogramms zur Förderung regenerativer Energien soll um die vorgelegte Förderrichtlinie ergänzt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 28. Realisierungsvorschlag zur Einrichtung einer Energieberatungsstelle** 15-00200

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. „Dem Abschluss der als Anlage 1 beigefügten Kooperationsvereinbarung zur Einrichtung einer Energieberatungsstelle wird zugestimmt. Die Energieberatungsstelle soll möglichst zum 1. September 2015 ihre Tätigkeit aufnehmen.“
2. „Für den Fall, dass es der Handwerkskammer nicht gelingen sollte, kurzfristig nach Inkrafttreten der Kooperationsvereinbarung geeignetes Personal für die Unterstützung der Energieberatung zu gewinnen, wird die Stadt Braunschweig hierfür Personal im Umfang einer Vollzeitstelle im Rahmen einer externen Einstellung zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung ermächtigt, eine Änderung der Kooperationsvereinbarung abzuschließen und im Vorgriff auf den Stellenplan eine Stelle der Entgeltgruppe E 10 aus der Stellenreserve 2015 in Anspruch zu nehmen. Die Stellenschaffung wird zum Stellenplan 2016 nachvollzogen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 29. Annahme der Schenkung von zwei Trinkwasserbrunnen durch BS|Energy** 15-00232

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig nimmt zwei Trinkwasserbrunnen von BS|Energy als Schenkung an. Voraussetzung für die Annahme ist die Zustimmung des Stadtbezirksrates zur Gestaltung und zu den Standorten des Brunnens.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 30. Aufstellung des Nahverkehrsplanes 2016 - 2020 für den Groß-** 15-00362

**raum Braunschweig;
Stellungnahme der Stadt im Beteiligungsverfahren gem. §6 Abs.4
des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG)**

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

„Der Stellungnahme der Stadt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Nahverkehrsplan 2016 - 2020 für den Großraum Braunschweig wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei Enthaltungen beschlossen

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak unterbricht die Sitzung von 20:14 Uhr bis 20:33 Uhr für eine Pause.

31. Anträge

31.1. Kopfsteinpflaster angleichen **15-00065**
Antrag der Fraktion Die Linke.

Ergebnis:

Der Antrag 15-00065 wurde durch den Änderungsantrag 15-00450 ersetzt.

31.1.1. Änderungsantrag zu 15-00065 (Kopfsteinpflaster angleichen) **15-00450**
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag 15-00450 ein und begründet diesen. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Herlitschke die Überweisung des Änderungsantrages in den Planungs- und Umweltausschuss. Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Antrag auf Verweisung an den Planungs- und Umweltausschuss abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag 15-00450 wird an den Planungs- und Umwaltausschuss verwiesen.

Ergebnis:
einstimmig an den Planungs- und Umwaltausschuss verwiesen

31.2. Schwimmbad in der Weststadt **15-00006**
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

31.2.1. Schwimmbad (in der Weststadt) im Westen der Stadt **15-00006-01**
Änderung zu Antrag 3915/15
Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

31.2.2. Schwimmbad in der Weststadt **00006-01-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Dr. Plinke bringt den Antrag 15-00006 ein und begründet diesen. Ratsherr Sommerfeld bringt den Änderungsantrag 15-00006-01 ein und begründet diesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzende Florysiak zunächst über den Änderungsantrag 15-00006-01 abstimmen und stellt im Anschluss daran den Antrag 15-00006 zur Abstimmung.

Beschluss zu 15-00006:

In der Weststadt wird ein neues Schulschwimmbad geplant und errichtet, das außerhalb der Schulzeiten auch von Vereinen und zu therapeutischen Zwecken genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

Beschluss zu 15-00006-01:

~~In der Weststadt Im Westen von Braunschweig wird ein neues Schuls Schwimmbad geplant und errichtet. das außerhalb der Schulzeiten auch von Vereinen und zu therapeutischen Zwecken genutzt werden kann Dieses Bad soll auch einen gesonderten Bereich für therapeutisches Schwimmen enthalten.~~

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

31.3. Smart-City Braunschweig Antrag der Fraktion der CDU	15-00013
31.3.1.Smart-City Braunschweig - Änderungsantrag zu DS 15-00013 Änderungsantrag der Fraktion der Piratenpartei	15-00309
31.3.2.Smart-City Braunschweig - Änderungsantrag zu DS 15-00013 Änderungsantrag der Fraktion der SPD	15-00344

Ratsherr Hinrichs bringt den Antrag 15-00013 ein und begründet diesen. Er weist darauf hin, dass eine geänderte, gemeinsame Beschlussempfehlung zu diesem Antrag und zu den beiden hierzu vorliegenden Änderungsanträgen 15-00309 und 15-00344 vorliegt und beantragt die Abstimmung in dieser Fassung. Ratsherr Schicke-Uffmann bringt den Änderungsantrag 15-00309 und Ratsfrau Ihbe den Änderungsantrag 15-00344 ein und verweisen ebenfalls auf die gemeinsame Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses zu diesen Anträgen. Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt über die geänderte Beschlussempfehlung zu den Anträgen abstimmen.

Beschluss zu 15-00013, 15-00309 und 15-00344:

„Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept „Smart-City“ zu erstellen. In dieses Konzept sollen die Ausführungen des Initiativantrages der CDU-Fraktion (DS 15-00013) sowie der beiden Änderungsanträge der Fraktion der Piratenpartei (DS 15-00309) und der SPD-Fraktion (DS 15-00344) einfließen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig geändert beschlossen

31.4. Gedenkstätte "Roselies" für eine Erinnerungspartnerschaft	15-00061
--	-----------------

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag 15-00061 ein, begründet diesen und stellt den Antrag auf Rückverweisung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft. Es findet Aussprache statt. Ratsfrau Ohnesorge schließt sich dem Antrag auf Rückverweisung an und beantragt zudem Schluss der Rednerliste. Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt über die Anträge abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag 15-00061 wird an den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verwiesen.

Ergebnis:

einstimmig an den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verwiesen

31.4.1.Gedenkstätte "Roselies" für eine Erinnerungspartnerschaft	15-00061-01
---	--------------------

Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

31.5. Verbesserung der Situation für Flüchtlinge und Anwohner in Kralenriede Antrag der BIBS-Fraktion	15-00090
--	-----------------

31.5.1. Änderungsantrag zu 15-00090 Verbesserung der Situation für Flüchtlinge und Anwohner in Kralenriede Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD	15-00449
--	-----------------

Ratsherr Dr. Büchs bringt den Antrag 15-00090 und Ratsherr Thorsten Wendt den Änderungsantrag 15-00449 ein. Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak zunächst über den Änderungsantrag 15-00449 und anschließend über den Antrag 15-00090 abstimmen.

Beschluss zu 15-00090:

„Die Stadtverwaltung erstellt ein Konzept mit Maßnahmen, die sie für geeignet hält die Situation der Flüchtlinge sowie der dauerhaften Anwohner Kralenriedes zu verbessern, die Lebensqualität des Stadtviertels zu steigern und das Zusammenleben in eine positive Richtung zu entwickeln.“

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und Enthaltungen abgelehnt

Beschluss zu 15-00449:

„Die Verwaltung wird gebeten,
1. einen ‚Runden Tisch Flüchtlinge‘ zu initiieren;
2. zur Teilnahme am ‚Runden Tisch Flüchtlinge‘ die Mitglieder des Ausschusses für Integrationsfragen, die Mitglieder des Stadtbezirksrats 332 Schunteraue, die Landesaufnahmebehörde (LAB) und die weiteren mit der Thematik befassten Akteure einzuladen;
3. im Rahmen des ‚Runden Tisches Flüchtlinge‘ die in der umfangreichen Mitteilung ‚Flüchtlingssituation in Kralenriede‘ (DS-Nr.: 15-00027) angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der derzeitigen Situation im Umfeld der LAB in Kralenriede vorzustellen und über ihre Umsetzung und über zwischenzeitliche weitere Entwicklungen zu berichten.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

31.6. Probewohnen ausweiten Antrag der Fraktion Die Linke.	15-00138
---	-----------------

31.6.1. Ausweitung des Probewohnens Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen	15-00140
---	-----------------

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag 15-00138 ein und weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss einen gemeinsamen Beschlussvorschlag zum Antrag 15-00138 und Änderungsantrag 15-00140 empfiehlt. Er beantragt die Abstimmung in dieser geänderten Fassung. Ratsfrau Schütze bringt den Änderungsantrag 15-00140 ein und beantragt ebenfalls die Abstimmung in der Fassung der Empfehlung des Verwaltungsausschusses. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak über den gemeinsamen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss zu 15-00138 und 15-00140:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit sie die private Wohnungswirtschaft bei einer Ausweitung des Angebotes an Probewohnungen so unterstützen kann, dass perspekti-

visch mindestens 50 solcher Wohnungen zur Verfügung stehen.

Insbesondere ist zu prüfen:

1. wieviele solcher Wohnungen von den Baugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden könnten unter veränderten Rahmenbedingungen (z. B. verstärkte Hilfsangebote auch über das 1 Jahr hinaus für die "Probewohnenden" durch Sozialarbeiter/Hauswirtschaftliche Hilfe etc).
 2. welche privaten Vermieter durch besondere Anreize gewonnen werden könnten, um solche Wohnungen zur Verfügung zu stellen (z. B. Sanierungszuschüsse, s. Karlsruher Modell)
 3. und welcher Kostenrahmen dadurch entstehen würde.
- Die Prüfungsergebnisse sollen bis zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2016 vorliegen."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig geändert beschlossen

31.7. Neueinstellungen unbefristet 15-00229
Antrag der Fraktion Die Linke.

31.7.1. Änderungsantrag zu Antrag DS Nr. 15-00229 "Neueinstellungen unbefristet" 15-00426
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

31.7.2. Neueinstellungen unbefristet 15-00229-01
Stellungnahme der Verwaltung

Da die Anträge in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 14.07.2015 zurückgestellt wurden, entfällt die Beratung.

31.8. Durch den Streik eingesparte Gelder bleiben im Bereich der sozialen Arbeit 15-00231
Antrag der Fraktion Die Linke.

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag 15-00231 ein und begründet diesen. Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die durch den Streik im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienst eingesparten Gelder werden nicht dem allgemeinen Haushalt zugeführt, sondern verbleiben im Sozial- und Erziehungsbereich.

Abstimmungsergebnis:
bei Fürstimmen abgelehnt

31.8.1. "Durch den Streik eingesparte Gelder bleiben im Bereich der sozialen Arbeit" 15-00231-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

31.9. Einzäunungsarbeiten der Firma Eckert & Ziegler 15-00335
Antrag der BIBS-Fraktion

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag 15-00335 ein und begründet diesen. Stellvertreter der Ratsvorsitzender Florysiak lässt nach Aussprache über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Das Bauamt der Stadt möge Teile der Einfriedung des von Eckert & Ziegler neu erworbenen

Geländes untersagen und den Rückbau der so nicht statthaften Einfriedung verfügen.

Abstimmungsergebnis:
bei Fürstimmen abgelehnt

**31.10. Sportentwicklungsplanung: abschließender Workshop
Antrag der Fraktion der SPD**

15-00372

Ratsherr Graffstedt bringt den Antrag 15-00372 ein und begründet diesen. Im Anschluss daran lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Auf der Grundlage des im Rahmen der kooperativen Planungsphase der Sportentwicklungsplanung erstellten Berichts „Ziele und Empfehlungen“ wird für alle Ratsfraktionen und für Vertreter der Verwaltung fachausschussübergreifend ein abschließender Workshop - ggf. auch unter Leitung von IKPS - durchgeführt. Ziel dieses Workshops soll die Festlegung von Themen sein, die dann, aus Einzelmodulen bestehend, den Rahmen und die Grundlage für zukünftige Entscheidungen auf der Grundlage der Sportentwicklungsplanung bilden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

(Ende öffentlicher Teil: 22:33 Uhr)

Stellvertretender Ratsvorsitzender Florysiak stellt fest, dass der Rat der Stadt alle Punkte der Tagesordnung behandelt hat und schließt die Ratssitzung um 22:36 Uhr.

gez.
Markurth
Oberbürgermeister

gez.
Florysiak
stellv. Ratsvorsitzender

gez.
Geppert
Protokollführerin

Anlage

Anlage

Dezernat VII
0200.11-2/ 50

16. Sept. 2015

Stellungnahme als Anlage zur Niederschrift bezüglich der Frage von Ratsherrn Jenzen aus der Ratssitzung vom 21. Juli 2015 zu TOP 12

In seiner Sitzung am 21. Juli 2015 hat der Rat über die Bewilligung eines überplanmäßigen Aufwandes für den Teilhaushalt FB 40 entschieden. Zur Deckung des Mehraufwandes wurden u.a. Mittel aus dem Bereich Bildungs- und Teilhabepaket - BuT - herangezogen. In diesem Zusammenhang verwies Ratsherr Jenzen auf die im Jugendhilfeausschuss und im Schulausschuss vorgestellten Ergebnisse von Schuleingangsuntersuchungen und stellte die Frage, wie es käme, dass die BuT-Mittel als Deckung zur Verfügung stünden und nicht abgerufen wurden.

Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden auf Antrag gewährt. Im Haushaltsjahr 2014 wurden alle berechtigten Ansprüche erfüllt und es konnte allen gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen werden. Die für das jeweilige Jahr veranschlagten Transfermittel sind im Jahresverlauf ebenso wie die vom Land weitergeleiteten Bundesmittel zweckgebunden. Eine Spitzabrechnung findet nicht für zurückliegende Jahre sondern nur für das laufende Jahr statt. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 wurde festgestellt, dass das verfügbare Budget nicht vollständig ausgeschöpft wurde. Ursache war eine Resterstattung für das Vorjahr. Die Bildung eines Haushaltsrestes war nicht erforderlich, weil im Haushalt 2015 die voraussichtlich benötigten Mittel und die vom Land weitergeleiteten Bundeserstattungen hierfür eingepflegt sind.

gez.

Geiger